Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1.80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jede Zeit Bestellungen entgegen. Ohne Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 305 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 30. Dezember 1932

Wachsende Spargelder.

Dem alten, aber noch nicht ganz veralteten Sprichwort zufolge ist jene Frau die beste, von der man am wenigsten spricht. Der Vergleich ist vielleicht etwas kühn, — aber es ist heutzutage wirklich ein Vorzug, wenn man von einem großen Geldinstitut möglichst wenig „spricht" oder „munkelt". Denn was gesprochen wurde, war fast immer etwas sehr Unerfreuliches. Das größte Geldinstitut, die größte „Kreditmacht" in Deutschland sind heute aber immer noch die Sparkassen. Von ihnen „spricht" man erfreulich wenig, obwohl sie allein über soviel Gelder verfügen, wie in den Bilanzberichten von allen deutschen Großbanken zusammen ausgewiesen werden.

Allmonatlich berichten die Sparkassen über den Stand der Einzahlungen, Auszahlungen und Zinsgutschriften: das geschieht in ein paar kurzen Zeilen, knapp, doch klar. Das ist aber auch notwendig, denn der kleine Sparer soll sich nicht erst durch einen Wust von Ziffern und Zahlen hindurchwühlen müssen, um zu erkennen, wie es mit dem Institut steht, dem er sein Geld anvertraut hat. Allzuviele Zahlen und Ziffern machen heutzutage aber schnell — mißtrauisch, wenn es sich dabei um Geld handelt!

Einen Augenblick schweift, wenn man jetzt den günstigen Novemberbericht der Sparkassen liest, die Erinnerung zurück in jene trübe Sommerzeit des Vorjahres, als — aus Gründen, mit denen die Sparkassen nicht das geringste zu tun hatten — der große langdauernde Sturm auf diese Kassen erfolgte; rund 1,2 Milliarden haben sie damals binnen vier Monaten mehr auszahlen müssen, als ihnen an Einlagegeldern zuflossen. Bis zum November zogen sich die Ausläufer dieser Panik hin, — aber dann was das letzte Mißtrauen überwunden. Wenn trotzdem bis in den September d. Js. die Auszahlungsziffer höher war als die der Einlagen, so hatte dies rein wirtschaftliche Gründe: Einkommensschwund, Vermögensverlust, Arbeitslosigkeit fraßen gierig an den ersparten Geldern. Rund 1800 Millionen beträgt für die Zeit vom Mai 1931 bis zum September 1932 der Auszahlungsüberschuß, und es ist keine Lobeshymne für die — Großstädte, daß hier das Maß der Abhebungen weit hinausging über den Durchschnitt, und daß z. B. der Auszahlungsüberschuß in Berlin mit 130 Millionen gerade so groß war wie der von ganz Bayern! Wie denn überhaupt der Sturm auf die Sparkassen in den Mittel- und Kleinstädten verhältnismäßig viel mildere Formen annahm, noch mehr übrigens in Landesteilen mit vorwiegend agrarischer Wirtschaftsstruktur: am verhältnismäßig vernünftigsten benahm man sich in Niederschlesien.

Immer geringer wurde im Sommer 1932 dieser Auszahlungsüberschuß, und der Juli d. J. bedeutete mit 9,717 Milliarden den Tiefpunkt des Einlagebestandes. Dann aber ging es wieder aufwärts; denn schon der Ausgleich zwischen Einnahmen und Auszahlungen im August und September bedeutete für die Sparkassen einen Fortschritt. Daß dann aber im Oktober ein klarer Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen erzielt werden konnte, obwohl die letzteren wieder gestiegen waren, greift über die Feststellung einer bloßen Sparkassenbilanz hinaus: denn hieraus kann man — wie überhaupt aus den Berichten der Sparkassen — sich geradezu aufdrängende Rückschlüsse auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ziehen. Bis zum August etwa ging es unverkennbar abwärts, dann, nach einigem Zögern, aber langsam, Schrittlein um Schrittlein vorwärts und ein bißchen aufwärts. Denn das jetzt veröffentlichte Novemberergebnis zeigt wiederum einen klaren Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen, ein Überschuß, der sich dann noch um den Betrag der Zinsgutschriften weiter steigerte. Auch für den Dezember, dem Weihnachts- und Geschenkmonat, bewegten sich die Abhebungen in durchaus normalen Bahnen.

So konnten die Sparkassen endlich wieder aufatmen, als das Jahr 1932 sich allmählich dem Ende näherte. Es geht wieder aufwärts mit ihnen und zugleich haben sie schon ein Viertel des großen Kredits, den sie bei der Reichsbank 1931 aus Mangel an unmittelbar flüssigen Mitteln aufnehmen mußten, im Laufe des Jahres 1932 zurückgezahlt. Kein Sparer zweifelt mehr an der Sicherheit des Geldes, das er einer deutschen Sparkasse anvertraute. Und diese Sicherheit ist wieder so selbstverständlich, daß man darüber gar nicht mehr spricht! Sie bleibt auch selbstverständlich, wenn man die Sparkassen von allen Experimenten verschont und sie ihre Sachen allein machen läßt. Dann — wird sie gemacht!

Braun vom Urlaub zurückgekehrt.

Berlin, 29. Dezember. Reichsernährungsminister Freiherr v. Braun ist von seinem Weihnachtsurlaub zurückgekehrt. — Maßgebend für diesen Entschluß dürfte der erneut eingetretene Sturz der Butterpreise und die damit herbeigeführte, weiterhin verschärfte Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft gewesen sein. Die weiteren Agrarmaßnahmen — auch die Durchführung der Fettverordnung — werden nunmehr mit aller erforderlichen Energie beschleunigt werden.

Auflockerung von Handelsverträgen.

Das deutsch-französische Wirtschaftsabkommen.

Das System von Handelsverträgen, durch die die deutsche Wirtschaft mit der Weltwirtschaft verknüpft wurde, ist aufgebaut auf gänzlich anderen Voraussetzungen, als sie heute bestehen. Inzwischen ist die Weltwirtschaft aus den Fugen gegangen und an ihre Stelle trat eine Mehrzahl einzelner Nationalwirtschaften mit dem Bestreben, sich selbständig zu machen und auf eigene Füße zu stellen. Das brachte eine allgemeine Tendenz, sich abzuschließen und die eigene Wirtschaft durch Zölle zu schützen. Die Staaten, die durch Handelsverträge, die gewissermaßen den Grundsatz der „Offenen Tür" bedeuten, gebunden waren, gerieten in eine kritische Lage, denn ihrer offenen Tür standen mehr und mehr wachsende Zollmauern gegenüber. Zu diesen Staaten gehört auch Deutschland mit seinem System der „Meistbegünstigung". Es sah sich daher durch die wirtschaftliche Entwicklung drinnen und draußen gezwungen, in seiner Handelsvertragspolitik neue Wege zu gehen und langsam werden dazu die ersten Schritte getan. Die jetzt erfolgte Unterzeichnung eines Zusatzabkommens zum deutsch-französischen Handelsabkommen bedeutet eine, wenn auch nur schwache, Auflockerung der alten Bindungen, um die Möglichkeit zu gewinnen, allmählich Neues an ihre Stelle zu setzen.

In dem neuen deutsch-französischen Abkommen wird der Grundsatz der Meistbegünstigung aufrechterhalten, und auch die Zollbindungen werden grundsätzlich zunächst beibehalten. Der Handelsvertrag ist aber dadurch elastischer geworden, daß beide Parteien nunmehr das Recht haben, mit vierzehntägiger Kündigung jede einzelne Zollbindung aufzuheben. Welchen Gebrauch hiervon die beiden Regierungen machen werden, wird die Zukunft lehren

Neu aufgenommen ist eine Währungsschutzklausel, d. h. daß jeder Teil berechtigt ist, falls die Währung des anderen Teiles sich plötzlich um mehr als 10 Prozent verschiebt, Zollzuschläge zu erheben.

Der Saarnotenwechsel betrifft lediglich die Einfuhr von Zichorien zum Mindesttarif in Höhe von 100 Tonnen.

Parallel mit diesem Vertrage haben Verhandlungen stattgefunden über den Abschluß eines Devisenabkommens. Danach werden im Warenverkehr mit Frankreich die gleichen Erleichterungen geschaffen, wie sie auf Grund ähnlicher Abkommen mit Italien und Schweden bestehen.

Verhandlungen über den Abschluß eines Reiseverkehrsabkommens sind noch nicht zum Abschluß gelangt.

*

Von zuständiger Stelle wird als Begründung für die Unterzeichnung noch mitgeteilt, daß angesichts der Tatsache, daß unser Handelsvertragsnetz, das in den letzten Jahren aufgebaut worden sei, ohnehin in einer gewissen Auflösung begriffen sei, den deutschen Unterhändlern daran gelegen hätte, einen handelspolitischen Bruch mit Frankreich zu vermeiden, besonders da Frankreich seinen Import nach wie vor in Gold bezahle, was nur noch bei verhältnismäßig wenigen Ländern der Fall sei.

Der Weg zur Umstellung der Handelspolitik.

Das deutschnationale Aufbauprogramm.

Die Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei fahren mit der Veröffentlichung der Richtlinien für die Behebung der deutschen Not fort.

Die Deutschnationale Volkspartei fordert seit Jahren eine grundsätzliche Umstellung unserer Handelspolitik. Nach dem Raub seines Auslandsvermögens ist Deutschland gezwungen, unter allen Umständen aus seinem Außenhandel einen Ausfuhrüberschuß herauszuwirtschaften, um seine gewaltigen Außenschulden abzahlen zu können. Die durch die deutsche Einfuhr erworbenen fremden Devisen müssen in erster Linie zur Bestreitung der notwendigen Einfuhr verwendet werden. Notwendig ist die Einfuhr ausländischer Rohstoffe für die deutsche Industrie. Ohne diese können wir weder den deutschen Inlandsbedarf befriedigen noch die deutsche Ausfuhr aufrechterhalten. Erst in zweiter Linie können nicht notwendige Einfuhrbedürfnisse, zum Beispiel an Lebensmitteln, befriedigt werden. Die Katastrophe der deutschen Landwirtschaft verlangt gebieterisch eine Beseitigung der Einfuhr von solchen Lebensmitteln, die wir in Deutschland erzeugen oder entbehren können.

Mit diesen nationalwirtschaftlichen Interessen trifft drittens das Währungsinteresse zusammen, weil nur durch planmäßige Senkung überflüssiger Einfuhr und Steigerung des Industrieexportes der für den Schuldendienst erforderliche Devisenbedarf gedeckt werden kann. Die Kontingentierung ist das einzige, das zurzeit wirkliche Rettungsmöglichkeiten bietet. Jede Regelung des Außenhandels aber bleibt unvollkommen, wenn nicht durch ein Schuldenabkommen die Last der deutschen Außenschulden auf ein der deutschen Leistungsfähigkeit entsprechendes Maß herabgesetzt wird.

Der Kampf um die Butter.

Der Zusammenbruch der Butterpreise.

Reichs-Landbund fordert völlige Buttereinfuhrsperre.

Wie der Reichs-Landbund mitteilt, hat der geschäftsführende Präsident, Graf von Kalckreuth, in Anbetracht des Zusammenbruches der Butterpreise, die am 29. Dezember mit 95 Mark gegenüber 135,5 Mark im Dezember 1913 je Zentner Berliner Notierung einen neuen Rekordtiefstand erreicht hätten, ein Telegramm an den Reichskanzler gerichtet, indem die völlige Buttereinfuhrsperre gefordert wird. In dem Telegramm heißt es, daß im Lande allenthalben hellste Empörung über den infolge Tatenlosigkeit der Reichsregierung erfolgten völligen Zusammenbruch der Butterpreise herrsche. Es müßten endlich wirkungsvolle Maßnahmen zur Rettung der deutschen Milchwirtschaft getroffen werden. Bis zur Wiederherstellung geordneter Marktverhältnisse und eines angemessenen Butterpreises müsse die völlige Buttereinfuhrsperre gefordert werden.

*

Nachdem am Heiligabend bereits die Berliner Butternotierung um zehn Mark für den Zentner herabgesetzt worden war, sah sich die Berliner Notierungskommission gezwungen, abermals einen Abstrich von acht Mark je Zentner vorzunehmen. Das Angebot in deutscher Butter ist zur Zeit sehr stark. Absatzmöglichkeiten sind nur in beschränktem Umfange vorhanden. Die Umsätze der Kleinhandelsgeschäfte sollen nach Schätzungen in der Weihnachtswoche ungefähr 30 Prozent geringer als zu der gleichen Zeit des Vorjahres gewesen sein. Die Berliner Notierungskommission bezeichnet die Tendenz nicht mehr mit sehr ruhig, sondern mit flau, und setzte die Preise — Fracht und Gebinde gegen zu Käufers Lasten — wie folgt herab: 1. Qualität 95 Mark, 2. Qualität 88 Mark und abfallende Ware 79 Mark.

*

Beschleunigte Durchführung der Agrarmaßnahmen.

In einer amtlichen Mitteilung

wird ferner gegenüber andersdenkenden Pressedarstellungen eindeutig erklärt, daß die Verordnung zur Neuregelung der Fettwirtschaft von den zuständigen Ministern „einzig und allein auf Grund des vorliegenden sachlichen Materials ausgearbeitet und auf Grund einmütigen Kabinettsbeschlusses vom Reichskanzler dem Reichspräsidenten vorgelegt worden" sei. Behauptungen, daß der Reichspräsident besonderen Einfluß auf den Erlaß der Verordnung genommen habe, entsprächen „in keiner Weise der Wahrheit". Der Reichspräsident habe sich den ihm vorgetragenen Gründen, die auch amtlich bekanntgegeben worden seien, nicht verschlossen und die Verordnung alsdann unterzeichnet.

*

Der Deutsche Landwirtschaftsrat über den Butterbeimischungszwang.

Angesichts der in der Öffentlichkeit vielfach verbreiteten unrichtigen Darstellungen teilt der Deutsche Landwirtschaftsrat zu der Verordnung über den Butterbeimischungszwang zur Margarine u. a. folgendes mit:

Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF